



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/273 - 1. Dezember 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- 1 - 2 Mit der SPD in eine bessere Zukunft
- Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik 93
- Von Fritz Böler, MdB
Mitglied der SPD-Mannschaft
- 3 - 3a Dreifaches Plebiszit an der Saar 63
- Sieben Parteien - 723 000 Wahlberechtigte
- Von Friedrich Regitz,
Vorsitzender der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag
- 3a Resignierender Adenauer 23
- Kanzler ohne Vertrauen zu seinen Freunden
- 4 - 5 Landesverteidigung in Österreich 71
- Neutralität ist nicht Wehrlosigkeit
- Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franza
- 6 CDU-Prominenz und - "Kinderaufzucht" 44
- Beredtes Schweigen im Landtag Rheinland-Pfalz
- * * *

Zur Beachtung: In unserer Freitag-Ausgabe veröffentlichen wir den
Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft

Willi Richter

Vorsitzender des DGB

* * *
* * *

Deutsche Aussen- und Sicherheitspolitik

Von Fritz Erler, MdB
Mitglied der SPD-Mannschaft

1950 wurde erstmals eine Delegation des Bundestages in den ein Jahr bestehenden Europarat geschickt. Dort hielt Churchill seine Rede für die Schaffung einer Europäischen Armee. Kurt Schumacher bat mich, diesen Fragenkreis sorgfältig zu beobachten, weil er für die Zukunft unseres Volkes von entscheidender Bedeutung sei. Damit war der Schwerpunkt meiner Arbeit von der Innenpolitik, dem Geld- und Kreditwesen und dem Wohnungsbau hinweg auf die aussen- und sicherheitspolitischen Probleme verlagert worden.

Nach sozialdemokratischer Auffassung wäre es für Deutschland besser gewesen, wenn man dem deutschen Volk in allen Teilen Deutschlands angesichts der Folgen des zweiten Weltkrieges die psychologische und innenpolitische Belastung des Aufbaus von Streitkräften einige Zeit länger erspart hätte. Die Verbindung der Bereitschaft der Deutschen zur Sicherung der "Hausordnung" und der deutschen Grenzen gegen Verletzungen von aussen mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hätte einen starken Druck auf die Wiedervereinigung Deutschlands ausgelöst. Die Geschichte ging gegen den Widerstand der Sozialdemokratie andere Wege.

Nun kam es darauf an, sich eingehend in die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Probleme moderner Sicherheitspolitik zu vertiefen. Die durch den Europarat, die Interparlamentarische Union und zahlreiche Auslandsreisen aus anderem Anlass angeknüpften Verbindungen sind unentbehrlich, um die Tatsachen zu kennen und die Beweggründe der Partner, aber auch der anderen Mächte im weltpolitischen Kräftespiel, zu verstehen. Aussenpolitisches Denken, das sich nicht in die Betrachtungsweise der anderen Seite hineinversetzen kann führt zu Fehlbeurteilungen.

An den Folgen einer solchen entscheidenden Fehlbeurteilung leiden wir heute alle. In den Jahren 1952 bis 1954 behauptete die Bundesregierung, dass die Einschmelzung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis die Sowjetunion in Bälde zu Verhandlungen über die Deutschlandfrage und zur Wiedervereinigung Deutschlands zwingen würde. Das Gegenteil trat ein, wie die Sozialdemokraten vorausgesagt hatten.

Heute jedoch ist es wenig sinnvoll, über die verpassten Chancen jener Jahre lange zu klagen. Dadurch kommen sie auch nicht zurück. Heute kommt es darauf an, von den jetzt gegebenen Tatsachen her die drei Aufgaben deutscher Aussen- und Sicherheitspolitik erfolgreich anzupacken:

die Freiheit zu sichern,

den Frieden zu bewahren,

und den in Unfreiheit lebenden Teil unseres Volkes aus seinem durch fremde Gewalt aufgezwungenen Zustand zu erlösen und mit uns in gesicherter Freiheit zu vereinigen.

Diese Aufgabe ist nur zu erfüllen, wenn das deutsche Volk das mühsam errungene Vertrauen des Westens bewahrt, aber gleichzeitig

auch Zutrauen seiner östlichen Nachbarn in eine friedliche, korrekte und in Zukunft hoffentlich sogar freundschaftliche Nachbarschaft herstellt. Das ist nur möglich, wenn die weltpolitischen Gegensätze nicht zugespitzt, sondern entschärft werden.

Die gleiche Zielsetzung muss auch unsere Sicherheitspolitik beherrschen. Sie muss ein geschlossenes Ganzes aus den für die Bewahrung der Freiheit notwendigen militärischen Anstrengungen, aus einer auf Verminderung der Kriegsgefahren zielenden Aussenpolitik und aus einer gesunden, freiheitlichen und sozial gerechten inneren Ordnung sein, die unser Staatswesen gegen kommunistische Einflüsse immun macht.

Der Rahmen für die militärischen Anstrengungen und die aussenpolitischen Möglichkeiten ist durch die Mitgliedschaft in der NATO und den europäischen Verträgen abgesteckt. Innerhalb der NATO kommt es an eine vernünftige Aufgabenteilung an, um die Verteidigungskraft des Bündnisses so wirksam wie möglich zu gestalten und dennoch dem die ganze Welt bedrohenden atomaren Wettrüsten nicht durch allgemeine Verteilung der Atomwaffen auch an kleinere Länder Vorschub zu leisten.

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik wird daher den Wert einer vereinbarten gleichwertigen Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen auf beiden Seiten höher einschätzen, als es die derzeitige Politik der Bundesregierung tut.

Jeder Schritt in dieser Richtung muss durch die deutsche Politik unterstützt werden, wenn er nicht zu einer einseitigen Schwächung der westlichen Allianz, sondern zu einer Verminderung der Gefahr militärischer Konflikte überhaupt führt. Damit wäre auch ein besseres Klima für das Herangehen an die Deutschlandfrage geschaffen. Ohne Fortschritte in dieser Richtung würde sich die Spaltung Deutschlands als internationales Gewohnheitsrecht verhärtet und die Gefährdung Berlins auf lange Sicht vergrössern.

Der Beitrag der Bundesrepublik zu einer in den Zielen festen, aber in den Methoden beweglichen westlichen Aussenpolitik wird gerade bei den stärksten Verbündeten, nämlich den USA, angesichts des Ausgangs der Präsidentenwahlen ein besonders günstiges Echo finden. Die Vereinigten Staaten erwarten nicht nur unseren materiellen, sondern auch unseren geistigen Beitrag zu einer gemeinsamen westlichen Politik in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.

Dieser deutsche Beitrag auf den verschiedensten Gebieten, von der materiellen und personellen Leistung in der Entwicklungshilfe über die tatkräftige Weiterentwicklung einer gesunden freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik bis hin zu einer sachgerechten Aufgabenteilung auf militärischem Gebiet, kann nur geleistet werden, wenn eine entschlossene und tatkräftige politische Führung über ein Gesamtkonzept verfügt. Sie muss sich dabei des Rates sachkundiger Männer und Frauen auf den einzelnen Fachgebieten bedienen, ohne sich zum Sklaven der Sachverständigen zu machen. Mit dieser Überzeugung wird die Mannschaft, die vom Vertrauen der Sozialdemokratischen Partei getragen ist, um das Vertrauen unseres Volkes ringen.

Dreifaches Plebiszit an der Saar

Von Friedrich Regitz,
Vorsitzender der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag

Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt, Bundestagspräsident Dr. Gerstermaier und der Vorsitzende der FDP, Dr. Erich Mende, appellierten Mitte dieser Woche noch einmal an die rund dreiviertelmillion wahlberechtigter Bürger des Saarlandes, am Sonntag, dem 4. Dezember, ihrer staatsbürgerlichen Pflicht zu genügen und die Frage zu entscheiden, die an diesem Tage an sie gestellt ist: die Frage, wer in der nächsten Zukunft die politische Verantwortung für das Saarland tragen soll.

Der Prominenten-Aufmarsch kennzeichnet die besondere Bedeutung dieser Saarwahlen: am 4. Dezember sollen die wahlberechtigten Bürger des Saarlandes praktisch ein dreifaches Plebiszit abgeben. Sie wählen an diesem Tage nicht nur ihr neues Landesparlament und damit ihre neue Landesregierung, sondern zugleich auch ihre Stadt- und Kreisparlamente.

Zu dieser Zusammenlegung mehrerer Wahlentscheidungen auf einen Termin hatten sich Parlament und Regierung des Saarlandes entschlossen, nachdem die am 15. Mai dieses Jahres durchgeführten Gemeinde- und Kreisratswahlen von den Karlsruher Verfassungsrichtern für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt worden waren, weil man damals keine freien Wählergemeinschaften zugelassen hatte. Es entbehrt nicht der Ironie, dass in den Heimatgemeinden der beiden Einzelkläger, die seinerzeit dieses Karlsruher Urteil erwirkten, für die jetzigen Wahlen keine freien Listen aufgestellt wurden. Ansonsten aber sind die nun kraft verfassungsgerichtlichen Spruchs aufgestellten freien Listen im Lande verhältnismässig zahlreich in Erscheinung getreten: 166 freie Wählergemeinschaften präsentieren sich in den 346 Gemeinden des Saarlandes. Zu ihnen treten noch weitere rund 1000 Wahlvorschläge der politischen Parteien. Dies alles dürfte kaum dazu dienen, die staatsbürgerliche Wahlverpflichtung populärer zu machen. Hinzu kommt, dass die CDU sogenannte A-, B- und C-Listen durchsetzte, womit sie ein Wahlverfahren zur Anwendung bringt, dass es einer Partei erlaubt, auf Gemeindeebene mit mehreren Wahlvorschlägen zugleich aufzutreten. Die CDU hat von dieser Möglichkeit in mehr als 50 Gemeinden Gebrauch gemacht.

Insgesamt bewerben sich nicht weniger als sieben Parteien um die saarländischen Wählerstimmen: neben CDU und SPD sind dies die Freien Demokraten, an der Saar als "Demokratische Partei Saar" (DPS) firmierend, ferner die "Christlich Nationale Gemeinschaft" (CNG) des ehemaligen Mitbegründers der saarländischen CDU, Dr. Hubert Ney, der "Bund der Deutschen" (BdD), die "Deutsche Demokratische Union" (DDU), die rechtsradikale "Deutsche Reichspartei" (DRP), sowie schliesslich die "Saarländische Volkspartei" (SVP), die vorwiegend auf die Stimmen der ehemaligen Parteigänger des früheren Ministerpräsidenten in der französischen Besatzungszeit Johannes Hoffmann hofft.

Für die Kreisratswahl haben CDU, SPD, DPS und SVP in allen Kreisen Wahlvorschläge eingereicht, während dies der DRP nur in den Kreisen

Ottweiler und St. Wendel und dem BdD nur in Saarlouis möglich war.

Aller Voraussicht nach dürfte die Wahlbeteiligung diesmal höher liegen als am 15. Mai dieses Jahres: alle Parteien entfalten grosse Propaganda-Aktivität, wobei leider festgestellt werden muss, dass die CDU in den letzten Tagen des Wahlkampfes mit Methoden der Flugblattwerbung arbeitete, die Innenminister Conrad, der Vorsitzende des Landesverbandes der SPD, auf der Saarbrücker Wahlkundgebung des Regierenden Bürgermeisters Brandt als "erschreckend niedrig" charakterisierte. In Anbetracht der grossen Aufgaben, die die Zukunft den politischen Verantwortlichen im Saarlande nach den Wahlen stellt, können dergleichen Hekenschützen-Manieren nur bedauert werden. Sie tragen nicht dazu bei, die Verwirklichung der Devise zu erleichtern, die Willy Brandt als Kennzeichen des neuen Stils der Sozialdemokratie gab: lieber miteinander als gegeneinander an die uns allen gestellten Aufgaben gehen!

Die Sozialdemokraten an der Saar sehen der Wahlentscheidung mit Zuversicht entgegen und glauben hoffen zu dürfen, am 4. Dezember das Vertrauen ihrer saarländischen Mitbürger in noch stärkerem Maße ausgesprochen zu erhalten, als dies bereits am 15. Mai der Fall war. Damals stimmten rund ein Drittel aller Wahlberechtigten für die SPD.

+ + +

Resignierender Adenauer

sp - "Die Helden sind müde" - so heisst es gelegentlich, wenn Wirtschaftskapitäne oder andere Prominente, gepeikt von der Managerkrankheit, am Abend eines ereignisreichen Tages die Flügel von sich strecken. Auch Konrad Adenauer scheint jetzt langsam zu begreifen, dass um ihn herum Neues im Werden ist, obwohl er gelegentlich behauptet, ihm sei nichts lieber als ein frisch-fröhlicher Wahlkampf, bei dem es kracht. Plötzlich erleben wir einen resignierenden Adenauer, der einer westdeutschen "Illustrierten" verrät, wie wenig Vertrauen er zu seinen eigenen Freunden hat. "Meine Autorität reicht nur so lange ich da bin und keinen Tag länger", meint der Kanzler tiefsinnig. Er erprobe einige Männer, die einmal sein Amt übernehmen könnten, habe jedoch keine Illusionen darüber, ob die CDU einen dieser Männer unbedingt zu seinem Nachfolger berufen wolle.

Uns scheint, dem Kanzler wird es langsam mühsig. Kennedy, Brandt ... das ist zuviel auf einmal. Wo kämen wir denn hin, wenn in diesem Jahrhundert Männer an die Spitze gelangten, die im gleichen Jahrhundert geboren sind. Da muss man ja trübsinnig werden!

Aber: was Adenauer in seinem Interview mit der "Illustrierten" durchblicken lässt, trifft den Zustand seiner schrecklichen Einsamkeit, die dieser Mann um sich verbreitet. Vertrauen hat er nicht in eine Idee, sondern nur in sich selbst. Er fürchtet die Leere, die nach ihm kommen muss, wenn er an seine Partei denkt. Das ist nicht nur schlimm für ihn selbst; es ist tragisch für jene, die ihm bisher folgten. Umso notwendiger ist das Neue, das Bessere in der deutschen Politik.

+ + +

Landesverteidigung in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Im Zusammenhang mit den Budgetberatungen des Parlaments standen dieser Tage auch die Fragen der Landesverteidigung Österreichs zur Diskussion. Die Notwendigkeit eines eigenen Bundesheeres ist in Österreich unbestritten. Die Grundlage der Freiheit dieses kleinen, nach dem Kriege zehn Jahre lang vierfach besetzten Landes bildet die Neutralität. Nach einer Feststellung des bedeutenden österreichischen Völkerrechtslehrers Prof. Dr. Alfred Verdross endet jedoch die Neutralität unter anderem dadurch, daß ein neutraler Staat, der seine Neutralität nicht zu verteidigen gewillt oder imstande ist, zum Kriegsschauplatz wird. Hat er hingegen alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel angewendet, um seine Neutralität zu wahren, dann ist er völkerrechtlich nicht verantwortlich.

Im österreichischen Neutralitätsgesetz von 26. Oktober 1955 heißt es daher auch folgerichtig: "Österreich erklärt... seine immerwährende Neutralität und ist entschlossen, diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen." Die österreichischen Sozialisten haben sich zu diesem Grundsatz rückhaltlos bekannt. In ihrem Parteiprogramm von Mai 1958 steht: "Der demokratische Sozialismus hat die Pflicht zur Verteidigung des eigenen Landes stets anerkannt. Die SPÖ tritt daher für eine wirksame Verteidigung der Republik Österreich und ihrer Neutralität auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht ein."

In Österreich beträgt die Militärdienstzeit für neunzehnjährige männliche Staatsbürger 9 Monate. Der Anteil der Wehrdienstverweigerer betrug 1960 nur 6 von je 10 000. ÖVP-Verteidigungsminister Ferdinand Graf, stellte kürzlich fest, daß es gelungen sei, die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Landesverteidigung zu überzeugen. Die sozialistische Parlamentsabgeordnete Maria Ehart, aus Salzburg, erklärte bei den Budgetberatungen, man müsse alles fördern, was den Militärdienst in den Augen der breiten Massen der Bevölkerung populär machen kann.

Zur Landesverteidigung gehört aber, außer der tiefen Einsicht in ihre Notwendigkeit, auch Geld. Für 1961 wurden 3,5 Milliarden Schillings als notwendig errechnet, jedoch nur 1,9 Milliarden bewilligt.

Das sind vier Prozent des Gesamtaufwandes des Staates. Vor drei Jahren waren es noch 5,1 Prozent. Im Vergleich dazu beträgt das Heeresbudget in Belgien 16,6 Prozent, in Schweden 19,2 Prozent, in Dänemark 23 Prozent, in Norwegen ebenfalls 23 Prozent und in der Schweiz 38,1 Prozent.

Im einer jüngst erschienenen Veröffentlichung stellt SPÖ-Außenminister Kreisky fest, daß die neutralen Staaten keineswegs ein militärisches Vakuum bilden oder ein solches bilden dürften. Die kleinen neutralen Staaten seien sich zwar der relativen Bedeutung ihrer Verteidigungsanstrengungen bewußt, sie unternehmen sie aber trotzdem, weil sie verhindern wollen, daß Großmächte oder Großmachtgruppen in ihren strategischen Annahmen und Plänen neutrale Staaten als zu ihren Operationsbereich gehörig betrachten, aber auch weil das militärische Potential eines neutralen Staates auch eine Großmacht zum Nachdenken bringen soll, ob sich ein Angriff wirklich lohnt.

Unter Führung des sozialistischen Staatssekretärs im Landesverteidigungsministerium, Otto Bösch, besichtigten vor einigen Tagen Mitglieder der niederösterreichischen Landesregierung sowie Landtagsabgeordnete die österreichische Grenze zur Tschechoslowakei und nach Ungarn. Es zeigte sich, daß das Bundesheer auf die Möglichkeit lokaler Grenzzwischenfälle jederzeit vorbereitet ist. Um das Land vor Überraschungsangriffen zu schützen, ist an die Errichtung von Befestigungsanlagen gedacht. Der Chef der Gruppe Grenzschutz im Landesverteidigungsministerium, Oberst Leeb, stellte jedenfalls fest, Österreich sei seit 1918 militärisch noch nie so gut ausgerüstet gewesen wie jetzt.

Verteidigungsminister Gref betonte unlängst, es sei gelungen, das Bundesheer aus dem politischen Tagesstreit herauszustellen. Es müsse nun auch möglich sein, im Budget die notwendige Vorsorge zu treffen. Der schwächste Punkt der Landesverteidigung ist gegenwärtig die Luftabwehr, die nur bis 4000 Meter Höhe reicht. Es besteht daher die Absicht, in nächster Zeit von Schweden fünfzehn moderne Jagdflugzeuge zu kaufen. Der Aufbau eines Zivilschutzes befindet sich überdies in Vorbereitung und am 29. November beschäftigte sich die Regierung mit einem Gesetz über freiwillige Waffenübungen.

Über die Fragen der Landesverteidigung sind sich beide Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, einig. Ihre Zusammenarbeit macht es möglich, vernünftige Regelungen im Interesse des Staates ohne größere Schwierigkeiten herbeizuführen.

CDU-Prominenz und - "Kinderaufzucht"

L.Sch: - Es lohnt sich, ab und zu auch einmal in vermeintlich längst überholten Landtagsprotokollen zu blättern. Da findet sich beispielsweise in der diesjährigen Drucksache Nr. 18 des rheinland-pfälzischen Parlaments eine Rede des Trierer SPD-Abgeordneten Karl Hachser, die zum Etat des Finanz- und Wirtschaftsministeriums am 30. März 1960 gehalten wurde.

Hachser zitierte, ohne zunächst die Quelle zu nennen, eine Äußerung zur Frage des Kindergeldes, das ja inzwischen auf Bundesebene unter dem Blickwinkel der Ausweitung auf das zweite Kind wieder stärker diskutiert wird:

"Familiengründung, Kindererzeugung und Kinderaufzucht sind individuelle Entscheidungen der innersten persönlichen Intimsphäre jedes Menschen, in die der Staat nicht durch Sozialisierung der Aufzuchtkosten eingreifen sollte. Gesund empfindenden Eltern liegt der Gedanke fern, die Allgemeinheit wäre verpflichtet, ihnen die Kosten für die Aufzucht ihrer Kinder teilweise oder ganz abzunehmen. Kindergeld kann nur als vorübergehender Notbehelf gelten. Je mehr die Wirtschaftsordnung verbessert wird und der allgemeine Wohlstand steigt, desto stärker sollte der Empfängerkreis eingeschränkt und schließlich auf diese Institution ganz verzichtet werden."

Unter Zustimmung und Beifall aus den Reihen von CDU und SPD stellte Abgeordneter Hachser fest, daß er den Ausdruck "Aufzuchtkosten" sowohl im Agrarpolitischen als auch im Grenzüberschreitungsausschuß des rheinland-pfälzischen Landtages schon gehört habe. Ihn im Zusammenhang mit der Erziehung unserer Kinder zu gebrauchen, sei eine Unverfrorenheit und Geschmacklosigkeit. Auf allen Banken des Plinarsaals herrsche gespannte Erwartung, wer für diese eklatante Entgleisung verantwortlich ist. Sie schlug bei der CDU-Fraktion in Unruhe und Bestürzung um, als Hachser die allgemeine Neugierde befriedigte, indem er sein Zitat als Teil des Programms der "Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft e.V." bezeichnete. Der Führungsgremien dieser Institution so konnte der SPD-Abgeordnete den nur noch teilweise wißbegierigen CDU-Zwischenrufern mitteilen, gehören u.a. die CDU-Bundestagsabgeordneten Hr. Böhm, Dröschbach und Vizekanzler Prof. Erhard an.

Widerspruch von den CDU-Bänken beantwortete Hachser damals mit dem Angebot, die Adresse der "Aktionsgemeinschaft" zur Verfügung zu stellen, damit ein Exemplar dieses "Aktionsprogramms" angefordert werden könne.

In den mittlerweile verflissenen acht Monaten wurde der SPD-Abgeordnete allerdings weder in dieser Hinsicht bemüht, noch kam einer seiner zunächst überraschten und ungläubigen Parlamentskollegen auf das peinliche Zitat zurück - was umso eher die Auffrischung dieser Mainzer Landtags-Episode rechtfertigt!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel